DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 195

Sichtbarkeit schaffen! Queere Aktionstage (CSD, IDAHOBIT*, Pride u.a.) unterstützen

Beschluss aus der Sitzung des Landesvorstands vom 16. April 2021

Beschluss:

1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen fordert die Stärkung und Gewährleistung der Rechte von LSBTIQ* Personen, die Akzeptanz von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität und streitet entschlossen für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben für alle Menschen.
2. Der Landesvorstand unterstützt und beteiligt sich aktiv an Veranstaltungen des IDAHOBIT*, den CSD Veranstaltungen und weiteren queeren Aktionstagen, soweit diese stattfinden. Der Landesverband unterstützt die LAG Queer dabei, auch auf neuen Wegen, auf die Belange von LSBTIQ* Personen aufmerksam zu machen und unsere queerpolitischen Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen.
3. Der Landesvorstand beschließt für diese Anliegen eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 3000 Euro.

Anlagen: -

politische Botschaft: siehe Bemerkungen

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

weitere Maßnahmen: -

Finanzen: 3.000 €

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: Landesschatzmeisterin

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

F.d.R.

Dresden, 16.04.2021

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

Bemerkungen:

Wir sind uns der Bedrohung der anhaltenden Pandemie und der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Verwerfungen, Krisensituation sowie ungewissen Zukunftsfragen nachhaltig bewusst. Neben der Priorität eines gemeinsamen solidarischen Handelns in der Krise, Unterstützung und Solidarität mit allen Betroffenen sowie der ständigen kritischen Begleitung der Prozesse, möchten wir unsere politische Aufgabe als LINKE, als wichtige Interessensvertreter:in in Fragen der sozialen Gerechtigkeit darüber hinaus auch weiterhin wahrnehmen. Dazu gehört der Einsatz für Freiheitsrechte, eine gewaltfreie Gesellschaft und ein diskriminierungsfreies Miteinander. Der mangelnden Sichtbarkeit während der Corona Pandemie können auch wir als Partei etwas entgegensetzen. Aus diesem Grund werden wir uns selbstverständlich und im Rahmen der Möglichkeiten an Veranstaltungen und Demonstrationen an queeren Aktionstagen beteiligen. Dazu zählt unter anderem der CSD, IDAHOBIT* und die Queer Pride. Diese werden anders stattfinden müssen, als wir es lange gewohnt waren. Nach der Absage vieler Veranstaltungen im letzten Jahr, aber auch mit dem Lernen in der Pandemie, werden Veranstaltungsformen selbstverständlich angepasst. Dabei sind wir zum einen sorgsam darauf bedacht die Hygienemaßnahmen zu gewährleisten. Andererseits möchten wir eine politische Auseinandersetzung mit dem CSD sowie die Sichtbarkeit linker Forderungen, vor allem auch im Jahr der Bundestagswahl, sicherstellen.

Damit wir, den krisenhaften Umständen geschuldet, möglichst spontan reagieren können, müssen wir die finanzielle Ausgestaltung der Aktionswochen sicherstellen.

Die CSDs gehören in Sachsen zu den publikumswirksamsten und, für uns als LINKE, wichtigsten gesellschaftspolitischen Veranstaltungen. Aber auch andere Tage, an denen wir als und mit der queeren Community zusammen laut für ein freies Leben streiten wollen, sollten nicht aus dem Fokus geraten. Wir sollten uns zwingend daran beteiligen. Auch unserem Grundverständnis folgend.
Hauptanliegen bei den landesweiten Demonstrationen ist es, zusammen mit vielen Partner:innen, unsere Forderungen und Botschaften gegen Hass und Ausgrenzung nach außen zu tragen. Im Jahr der Bundestagswahl müssen wir aktuell zusehen, wie die Umfragewerte der AfD immer weiter steigen. Die AfD bedroht offen queere Lebensweisen und Strukturen und schafft ein Klima der Homo- und Transfeindlichkeit. Hier müssen wir als Partei klar Position beziehen. Wir wollen sichtbar machen, dass Gewalt, Ausgrenzung und Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Inter*- und trans*

geschlechtlichen und queeren Personen keinen Platz in einer demokratischen, gewaltfreien und diversen Gesellschaft haben. Eine Gesellschaft, für die wir als LINKE Sachsen kämpfen.

Die immer noch anhaltende Pandemie bedroht nicht nur zahlreiche queere Strukturen, sondern wirkt sich auch auf uns als Personen aus. Für viele junge LSBTIQ* Personen kann die Aufforderung danach, zuhause zu bleiben und Kontakt zu vermeiden sehr belastend sein, wenn sie in der Familie noch ungeoutet sind oder ihre sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität nicht anerkannt werden. Die Treffen mit unterstützenden Freund:innen oder Peer Groups finden aufgrund der Kontaktbeschränkungen viel weniger bis gar nicht statt. Ältere LSBTIQ* Personen sind auf die Unterstützung der Community oder aus der Nachbarschaft angewiesen. Die immer wieder neuen Corona Verordnungen spiegeln oft eine heteronormative Lebenswelt wider und bringen in der Umsetzung entsprechend Diskriminierung oder gar Repression mit sich. Gleichgeschlechtliche Paare, die bei Kontrollen beweisen mussten, wirklich ein Paar zu sein, waren kein Einzelfall. Das Gefühl, dass die gewählte Familie nicht als solche anerkannt werden kann und Treffen kriminalisiert werden können, wirft uns in unserer Freiheit um Jahre zurück.
Durch die überlasteten Krankenhäuser erleben viele Trans* Personen, dass geschlechtsangleichende Operationen abgesagt werden, auf die sie meist mehrere Monate oder Jahre gewartet haben, denen ein demütigender und fremdbestimmter Prozess von Zwangsberatungen, Gutachten und Attesten vorausgegangen ist. Ebenso werden Verfahren zu Personenstands- und Vornamensänderungen ausgesetzt oder massiv in die Länge gezogen. Psychosoziale und medizinische Versorgung speziell von trans* aber auch LSBTIQ* Personen ist durch die Corona-Krise stark beeinträchtigt. Monatelange Wartezeiten auf dringend benötigte bzw. vorgeschriebene Termine bei Psycholog:innen und Psychiater:innen, sind Alltag.

Auch in schwierigen Zeiten wie diesen ist es nicht nur wichtig, auf die besonderen Belange von LSBTIQ* Personen hinzuweisen, sondern auch weiterhin für Sichtbarkeit, Toleranz und eine gewaltfreie und selbstbestimmte Gesellschaft zu streiten.

Deshalb fordern wir:

- Die längst überfällige verfassungsrechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen
- Die Verbesserung von Bildung und Aufklärung und vor allem auch Schulaufklärungsprojekte
- Den Ausbau und ausreichende Förderung der queeren Strukturen und ein flächendeckendes Beratungsangebot in Sachsen
- Die Reform des Transsexuellengesetzes
- Das Verbot geschlechtszuweisender, -angleichender und -vereindeutigender Operationen bei intergeschlechtlichen Minderjährigen
- Die Sensibilisierung der Polizei für homo-, trans*- und inter*feindliche Übergriffe durch verbindliche Schulungen
- Familien dort zu fördern, wo sie stattfinden, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen
- Die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen
- Das Ende der Diskriminierung von trans* und homosexuellen Menschen bei der Blutspende

In Zeiten von Corona ist es erforderlich, dass

- Queere Strukturen vor dem Wegfall geschützt werden
- Beratungsangebote in den Vereinen und Projekten aufrechterhalten werden und sie darin unterstützt werden, die Hygienevorschriften einhalten zu können
- Amtliche Verfahren so schnell wie möglich bearbeitet werden
- die medizinische und psychosoziale Versorgung von LSBTIQ* Personen flächendeckend gewährleistet wird